

Das Wochenmagazin der SPÖ



Aktuelle

21. Mai 2010 - Nr. 19 - 07

Gastkommentar von
Univ.Prof. Karl Ucakar zu
Demokratieentwicklung und SPÖ



Bundeskanzler Faymann und SPD-Führung

Schulterschluss für Finanzmarkt-Regulierung

Hemmungslose Spekulationen, ermöglicht durch unregulierte Finanzmärkte, haben dazu geführt, dass Europa und die ganze Welt mit den dramatischen Folgen der Finanzkrise zu kämpfen haben – mit Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und den notwendigen Reparaturarbeiten. Fast drei Jahre nach Ausbruch der Krise wird an den Finanzmärkten wieder spekuliert als wäre nie etwas gewesen – mit weitreichenden Auswirkungen auf die EU-Mitgliedsstaaten und den Euro. Bundeskanzler Werner Faymann hat daher gemeinsam mit den deutschen Sozialdemokraten eine Initiative gestartet, um alle zur Verfügung stehenden demokratischen Mittel zu nutzen, die Finanzmärkte in den Griff zu bekommen – auch die Europäische Bürgerinitiative.

Das zentrale Thema der SPÖ-Klubtagung in Frauenkirchen im Burgenland war ebenfalls die Situation am europäischen Finanzmarkt. Entschieden wurde für ein gemeinsames Vorgehen innerhalb der EU bei der Regulierung der Finanzmärkte plädiert. Weitere Themen, über die diskutiert und beraten wurde, waren die bevorstehende Landtagswahl im Burgenland, Sicherheitspolitik und Infrastruktur.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Finanztransaktionssteuer	4
Interview mit Bundeskanzler Werner Faymann	5
Klub-Klausur	6
Interview mit Klubobmann Josef Cap	7
„Österreich 2020“: Gastkommentar von Univ.Prof. Karl Ucakar zu Demokratieentwicklung und SPÖ	14

Einheitliche Begriffsbestimmung für Service- und Signalhunde

Im Sozialausschuss des Parlaments wurde ein Fünf-Parteien-Antrag für die Schaffung einheitlicher Begriffsbestimmungen für Service- und Signalhunde beschlossen. „Bei Signal- und Servicehunden handelt es sich um spezifisch ausgebildete Hunde, die als Blindenführhunde, Servicehunde für mobilitätseingeschränkte Personen, Rehabilitationshunde oder als Signalhunde zur Unterstützung höhrbehinderter Menschen eingesetzt werden,“ so SPÖ-Behindertensprecherin Ulrike Königsberger-Ludwig. Für Blindenführhunde gibt es eine gesetzliche

Definition und Richtlinien für die qualitätsbezogene Beurteilung. Das soll jetzt für alle Partnerhunde für Menschen mit Behinderungen umgesetzt werden. ♦

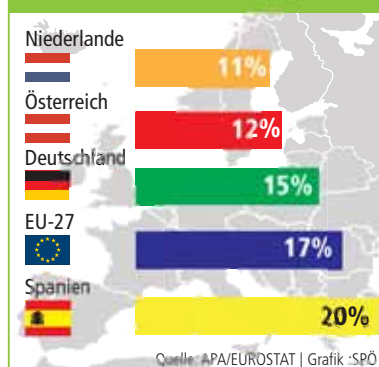


SPÖ

Für SPÖ-Behindertensprecherin Ulrike Königsberger-Ludwig steht fest: Ziel ist es, die Service- und Signalhunde den Blindenführhunden gleichzusetzen und im Bundesbehindertengesetz zu verankern.

THEMEN DER WOCHE

Armutsgefährdung in Europa



Armutsgefährdung in Österreich besonders gering

Die Armutsgefährdung ist in Österreich seit Jahren deutlich geringer als in den meisten anderen EU-Staaten. Die Gefährdungsquote von zwölf Prozent bedeutet laut Eurostat Platz drei unter den EU-27. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung, die mit September in Kraft tritt, wird laut Sozialministerium eine weitere Verkleinerung der sogenannten Armutslucke (Wert, um den das mittlere Einkommen der Betroffenen unter der Armutsgrenze liegt) bringen. ♦

mitreden.spoe.at

Meinungsforum: Volksbegehren zur Durchsetzung von Finanzmarktregulierungen?

Bundeskanzler Werner Faymann engagiert sich gemeinsam mit der SPD für ein EU-weites Volksbegehren zur Regulierung der Finanzmärkte. Sollten Europas Regierungen weiterhin kein Einsehen haben, ist dann der Bürger am Wort.

Diskutieren Sie unter www.spoe.at, ob ein EU-Volksbegehren geeignet ist, europaweit politischen Druck für eine strenge Finanzmarktregulierung aufzubauen.



SPÖ

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits

Personaleinsparungen bei Arbeitsinspektoraten abgewendet

„Sehr erfreulich ist, dass aufgrund des Einsatzes von Sozialminister Rudolf Hundstorfer, die Arbeitsinspektorate von personellen Einsparungen ausgenommen werden“, hielt SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits anlässlich des Berichts des Arbeitsinspektorates fest. Obwohl die Arbeitsunfälle unselbständig Erwerbstätiger deutlich abgenommen haben, nehmen psychosoziale Belastungen stark zu. „Hier macht die Arbeitsinspektion Schwerpunkt-Aktionen, kontrolliert und unterstützt die Betriebe. Es wurde auch ein eigener Leitfaden dazu erstellt“, so Csörgits. ♦

Zitat der Woche

„Die Bürger haben das Recht gehört zu werden und ihre Meinung zur Notwendigkeit einer Finanztransaktionssteuer, einer europäischen Finanzmarktaufsicht, zum Verbot von hochspekulativen Geschäften oder hinsichtlich der Errichtung einer europäischen Rating-Agentur kund zu tun.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Zimmer



SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer

Mehr Effizienz im Schulbereich

SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer plädiert für mehr Effizienz im Schulbereich. Das Ziel ist klar: Weg von den „mannigfaltigen und sinnlosen Verwaltungsstrukturen“, hin zu autonomen Schulen. Die Ressourcen müssen dorthin gelangen, wo sie gebraucht werden: an die Schulen. Dass es für die 10- bis 14-Jährigen vier verschiedene Schularten mit entsprechend hohen Kosten gibt, wertet Mayer als „vollkommenen Nonsens“. Wenn es gelingen würde, dieses Geld effizient einzusetzen, könnten wir bereits den besten Unterricht für die 10- bis 14-jährigen Schülerinnen und Schüler haben, erklärt Mayer. ♦



Zeit für Demokratie und Gerechtigkeit in Europa!

Mit der Initiative von Bundeskanzler Werner Faymann und der SPD für mehr Regulierung und Kontrolle an den Finanzmärkten hat die Sozialdemokratie ein wichtiges Signal für mehr Gerechtigkeit gesetzt.

„Für eine neue, moderne und sozial gerechte Finanzmarktarchitektur braucht es öffentlichen Druck.“

Nicht zu Unrecht fordern viele Menschen mehr Mitsprache in der Europäischen Union ein. Immerhin bedeutet Demokratie, dass das Recht vom Volk ausgeht und das Volk bei wichtigen Entscheidungen eingebunden wird. Zu diesem Zweck sieht der Vertrag von Lissabon eine sogenannte Bürgerinitiative vor – aber dazu komme ich später noch.

Die Finanzmarktkrise und die aktuelle Krise Griechenlands haben eines gezeigt: Europa muss sich wehren, um nicht noch einmal Opfer von unkontrollierten Finanzmärkten und Spekulation zu werden. Mit dem Euro-Rettungspaket hat die EU einen Schutzschirm gespannt und weitere Attacken auf den Euro verhindert. Für ein kleines Land wie Österreich ist der Euro unverzichtbar. Deshalb war es richtig, sich am Schutzschirm zu beteiligen. Nach den notwendig gewordenen Reparaturarbeiten geht es jetzt aber auch um die Frage: Wie verhindert man, dass dasselbe Kartenhaus, das wir vor zwei Jahren zusammenbrechen gesehen haben, wieder aufgebaut wird?

An den Börsen wird munter weiter-spekuliert. Selbst die vielkritisierten Bonus-Exzesse von Managern sind nach wie vor Realität – fast so, als ob es nie eine Krise gegeben hätte. Das Verhalten der Spekulanten zeigt uns deutlich, dass die



Wie verhindert man, dass dasselbe Kartenhaus, das wir vor zwei Jahren zusammenbrechen gesehen haben, wieder aufgebaut wird?

Probleme an der Wurzel bekämpft werden müssen.

Die zahlreichen Rettungsmaßnahmen haben zudem große Löcher in die Budgets gerissen. In der gegenwärtigen Phase stellt sich also nicht nur die Frage der Krisenintervention, sondern auch die Frage nach den gerechten und fairen Konsequenzen aus der Krise. Für uns bleibt es dabei: Wer diese Krise mit verursacht hat, soll auch in die Pflicht genommen werden, wenn es um die Sanierung der Budgets geht.

Für eine neue, moderne und sozial gerechte Finanzmarktarchitektur braucht es öffentlichen Druck. Viele Lobbyisten, aber auch einige Konservative in Europa, setzen alles daran, eine vernünftige Reform der Finanzmärkte zu verhindern. Unsere stärkste Waffe im Kampf für eine neue Finanz-

„Die vielkritisierten Bonus-Exzesse von Managern sind nach wie vor Realität – fast so, als ob es nie eine Krise gegeben hätte.“

marktarchitektur ist der öffentliche Druck und die Mobilisierung.

Aus diesen Motivationen heraus wollen Bundeskanzler Werner Faymann und die deutschen Sozialdemokraten eine EU-Bürgerinitiative für eine strikte Regulierung der Finanzmärkte ins Leben rufen. Die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer ist das Herzstück dieser Initiative. Weiters darin enthalten sind die Forderungen nach strengen Risikovorschriften für die Banken und eine Banken-Solidarabgabe, ein Verbot hoch spekulativer Finanzprodukte, eine strenge Regulierung von Hedgefonds, die Einführung einer EU-Ratingagentur sowie einer Finanzmarktaufsicht „mit Biss“ und der Ausbau des EU-weiten Konsumentenschutzes bei Finanzprodukten.

Bis zum Herbst wollen sich Bundeskanzler Faymann und SPD-Chef Gabriel Zeit nehmen, um für ihr Projekt zu werben und mehrere Länder an Bord zu holen. Die Sozialdemokratie will Politik nicht nur für, sondern vor allem mit den Menschen machen. Fordern alleine reicht nicht. Wie schon vor einiger Zeit an dieser Stelle klar-gestellt, müssen wir für unsere Anliegen mobilisieren und Druck aufbauen. Ein EU-weites Volksbegehren wäre dazu ein geeignetes Instrument. Denn: Es ist Zeit für Gerechtigkeit! ♦

STRENGE FINANZREGULIERUNG

Faymann-Vorstoß für EU-

Bundeskanzler Werner Faymann will gemeinsam mit den Europäischen Sozialdemokraten, allen voran der SPD, in Europa Druck machen, um eine strenge Regulierung der Finanzmärkte durchzusetzen.

„Wir müssen die öffentliche Debatte ankurbeln, um den Druck auf die Regierungen zu erhöhen.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Wir müssen die öffentliche Debatte ankurbeln, um den Druck auf die Regierungen zu erhöhen“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann kurz vor der Präsentation der EU-Bürgerinitiative. Denn auch zwei Jahre nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa und drei Jahre nach dem Zusammenfall des Subprime-Marktes in den USA, sei es „immer noch nicht gelungen“, strengere Regeln und Verbote für Spekulation, eine funktionierende Finanzmarktaufsicht oder eine europäische Rating-Agentur zu installieren. Aus diesem Grund wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Österreichs und Deutschlands mit dem gemeinsamen Volksbegehren alle sozialdemokratischen



Bundeskanzler Werner Faymann, SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel und SPD-Fraktionsführer Frank-Walter Steinmeier machen gemeinsam für ein EU-weites Volksbegehren zur Regulierung der Finanzmärkte mobil.

HINTERGRUND

Konkret fordern SPÖ und SPD

- » die Einführung einer Finanztransaktionssteuer
- » eine strenge Risikovorsorge für Banken und eine Bankensolidarabgabe als Beitrag zu den Krisenkosten
- » ein striktes Verbot hochspekulativer Finanzprodukte
- » eine strenge Regulierung von Hedgefonds
- » die Einführung einer europäischen Ratingagentur
- » die Einführung einer durchsetzungsfähigen Finanzmarktaufsicht
- » EU-weiten Konsumentenschutz bei Finanzprodukten

Parteien Europas dazu bringen, Finanzmarktregulierungen und eine europäische Finanztransaktionssteuer zum gemeinsamen Thema zu machen.

Widerstand der Konservativen soll gebrochen werden

Der Widerstand der konservativ-liberalen Mehrheit unter den EU-Regierungen gegen die Regulierung der Finanzmärkte muss gebrochen werden, betonten SPÖ und SPD unisono bei der Präsentation in Berlin. Es gehe auch darum, „den Bürgerinnen und Bürgern Europas ihr Europa zurückzugeben“, sagte SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel.

Rückendeckung für die EU-weite Bürgerinitiative erhalten die Sozialdemokraten auch von der deutschen Kanzlerin Angela Merkel. Eine EU-Bürgerinitiative könne ein

gutes Instrument sein, sagte Merkel bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Werner Faymann. Der Kanzler hofft, dass das Sammeln der Unterschriften noch in diesem Jahr anlaufen kann, sollten sich die konservativ-liberalen Regierungen weiterhin querlegen. Mit dem Bürgerbegehren müsse der Grundsatz durchbrochen werden, wonach Staaten Banken retten und danach die Steuerzahler die Rechnung begleichen, so Faymann.

Finanztransaktionssteuer jedenfalls in Österreich einführen

„Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise sind selbstverständlich am besten international durchzusetzen“, betonte der Bundeskanzler bei der Eröffnung der Nationalratsdebatte über die Griechenlandhilfe. „Wenn das nicht möglich sein sollte,

weite Bürgerinitiative

INFO

EU-Bürgerinitiative

Ein europaweites Volksbegehren ist seit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags (1. Dezember 2009) möglich. Wird die nötige Unterstützung von einer Million Unterschriften aus neun EU-Staaten erreicht, muss das Volksbegehren von der EU-Kommission behandelt werden.

Was bringt die Finanztransaktionssteuer?

Nach Berechnungen des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) brächte eine Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05 Prozent europaweite Einnahmen von 190 Milliarden Euro. In Österreich könnten damit 1,3 Milliarden Euro eingenommen werden.

„Wir müssen die öffentliche Debatte ankurbeln, um den Druck auf die Regierungen zu erhöhen.“

Bundeskanzler Werner Faymann

dann auf europäischer Ebene. Aber wenn die Alternative wäre, gar nichts zu tun, dann werden wir natürlich auf nationaler Ebene tätig. Letztlich brauchen wir alle drei Ebenen zur Bewältigung der Krise“, so Faymann.

Generell hat die Debatte um eine europäische Finanztransaktionssteuer in den vergangenen Tagen stark an Dynamik gewonnen. Sowohl Jean-Claude Juncker, Chef der Eurogruppe, als auch die deutsche Bundesregierung sprechen sich für die Steuer aus. Auch in Sachen Hedgefonds kommt die EU in die Gänge. Kürzlich wurde eine Offenlegungs- und Informationspflicht für Hedgefonds-Manager beschlossen. Das europäische Vorhaben geht aber noch nicht weit genug, so Finanzstaatssekretär Andreas Schieder: „Um die hochspekulativen Fonds wirklich an der kurzen Leine zu halten, brauchen wir auch Regeln für bessere Eigenmittelausstattung. In den nächsten Wochen geht es darum, diese Verschärfungen in Europa durchzusetzen.“ ♦

INTERVIEW

„Druck auf konservative Regierungen soll erhöht werden“

Das EU-weite Volksbegehren zur Regulierung der Finanzmärkte soll im Herbst starten. Faymann will neben der europäischen Sozialdemokratie auch die Gewerkschaften und NGOs einbinden.



Bundeskanzler Werner Faymann: „Ich bin sehr zuversichtlich, dass diese Steuer EU-weit kommen wird.“

SPÖ-Aktuell: Herr Bundeskanzler, was waren die Beweggründe, die Initiative für ein EU-weites Volksbegehren für die mehr Finanzmarktregulierung zu ergreifen?

Werner Faymann: Zum einen soll damit der Druck auf die konservativ-liberalen Regierungen erhöht werden, sich für die Regulierung der Finanzmärkte einzusetzen und zum anderen haben die Bürgerinnen und Bürger das Recht, zu artikulieren, was sie von Spekulationen halten. Ich persönlich habe den Eindruck, dass ohne öffentlichen Druck nur wenig zustandekommt.

Wann soll das erste EU-weite Volksbegehren starten?

Faymann: Unser Plan sieht vor, die Bürgerinitiative im Herbst zu starten, wenn es

bis dahin zu keinem Umdenken bei den konservativen Regierungschefs gekommen ist. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir die nötige Unterstützung erhalten werden. Ich bin gerade dabei, die Unterstützung der Sozialdemokraten, der Gewerkschaften und der NGOs in ganz Europa zu organisieren. Das Treffen mit SPD-Vorsitzendem Sigmar Gabriel war ein erster, wichtiger Schritt in diese Richtung.

Was passiert, wenn die Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene nicht umgesetzt wird?

Faymann: Ich bin sehr zuversichtlich, dass diese Steuer EU-weit kommen wird. Auch wenn das von heute auf morgen nicht möglich ist. Sollte sie aber dennoch am Widerstand der konservativ-liberalen Regierungschefs scheitern, so soll die Finanztransaktionssteuer jedenfalls in Österreich umgesetzt werden. Wir dürfen bei der Budgeterstellung für 2011, 2012 und 2013 auf keinen Fall nach den billigen, aber falschen Lösungen greifen. Die höhere Besteuerung von Mineralöl eine Nulllohnrunde für Pensionisten oder Sparen bei der Bildung sind definitiv die falschen Wege. Die breite Masse der Bevölkerung hat die Krise nicht mitverursacht, daher darf sie auch nicht zur Kasse gebeten werden. ♦

FRÜHJAHRSTAGUNG

Finanzmarktregulierung, Si

Der SPÖ-Parlamentsklub traf sich im burgenländischen Frauenkirchen, um zwei Tage Finanz- und Wirtschaftskrise, Infrastruktur und Sicherheit zu beraten.



SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas und Bundeskanzler Werner Faymann im Gespräch mit Landeshauptmann Hans Niessl. Er stellt sich am 30. Mai der Wiederwahl.

Der SPÖ-Parlamentsklub und zahlreiche SP-Minister reisten ins Burgenland, um ihre Unterstützung für die wahlkämpfende SPÖ Burgenland auszudrücken.



Der Austragungsort der Klausur war nicht zufällig gewählt: „Wir kommen sehr gerne ins Burgenland und freuen uns, damit auch unsere Unterstützung für Landeshauptmann Hans Niessl und die SPÖ Burgenland bei der Landtagswahl ausdrücken zu können“, so SPÖ-Klubobmann Josef Cap bei seiner Eröffnungsrede. Am 30. Mai wählen die Burgenländerinnen und Burgenländer ihren Landtag. Landeshauptmann Niessl, dessen Name untrennbar mit dem Aufschwung des Burgenlands verbunden ist, setzt im Wahlkampf verstärkt auf die Themen Bildung, Arbeit und bessere Chancen für Jugendliche und Frauen.

Das Burgenland – ein Sicherheitsland

Auch im Bereich Sicherheit hat die SPÖ Burgenland die Themenführerschaft inne. „Das Thema Sicherheit ist enorm wichtig für die burgenländische Bevölkerung“, so der Landeshauptmann, der die Aufstockung der Polizeidienststellen im Burgenland, die Verlängerung des Assistenzeinsatzes sowie eine eigene Kontaktperson für jede Gemeinde ohne Polizeidienststelle fordert. Unterstützung erhält er dabei auch von Verteidigungsminister Norbert Darabos – ebenfalls Burgenländer. Für ihn ist der Assistenzeinsatz eine „Erfolgsge-

schichte“ und seine Fortführung notwendig, solange es nicht genügend Polizisten für das Burgenland gibt. Niessl und Darabos referierten zum Thema Sicherheit vor dem Parlamentsklub und beantworteten unter der Moderation von SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl die Fragen der Abgeordneten.

Finanzmärkte regulieren, Spekulation zurückdrängen

Der erste Tag der Arbeitsklausur stand unter dem Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Gemeinsam diskutierte man, welche Konsequenzen aus dem Kollaps

cherheit und Infrastruktur

lang über die Themen Fi-



Infrastrukturministerin Doris Bures, Finanzstaatssekretär Andreas Schieder und Wifo-Chef Karl Aiginger diskutierten mit den Abgeordneten über „Wirt-schafts- und Budgetpolitik zur Krisenbewältigung“.



Fotos: Zinner

der Finanzmärkte zu ziehen seien. „In den nächsten Wochen und Monaten werden wir daran gemessen, wie stark wir in Europa sind, die Finanzmärkte zu regulieren und Spekulation zurückzudrängen“, so Bundeskanzler Werner Faymann. Er plädierte entschieden für ein gemeinsames Vorgehen innerhalb Europas bei der Regulierung der Finanzmärkte.

Im Anschluss diskutierten Infrastrukturministerin Doris Bures, Finanzstaatssekretär Andreas Schieder und Wifo-Chef Karl Aiginger das Thema „Wirt-schafts- und Budgetpolitik zur Krisenbewältigung“ mit den Abgeordneten des Parlamentsklubs. ♦

INTERVIEW

„Verhindern, dass die neoliberale Doktrin wieder reüssiert“

SPÖ-Klubobmann Josef Cap im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über die SPÖ-Klubklausur, die Schweiz und notwendige Lehren aus der Krise.

SPÖ Aktuell: Herr Klubobmann, was ist Ihr Resümee über die vorübergegangene Klubklausur?

Josef Cap: Wir haben uns ein hartes und intensives Arbeitsprogramm vorgenommen und das auch gewissenhaft abgearbeitet. Inhaltlich haben wir einen Schwerpunkt auf die notwendigen Konsequenzen aus der Krise gerichtet – da nehmen wir auch eine wichtige Vorreiterrolle ein.

Stichwort: Euro-Rettungspaket und Griechenland-Hilfe. In letzter Zeit sorgten die Turbulenzen rund um die Stabilität der Währungsunion für viel Diskussionsstoff. Sind die Rettungspakete tatsächlich ein nachhaltiger Beitrag für mehr Stabilität?

Cap: Mit dem Euro-Rettungspaket baut die EU einen Schutzwall auf und weist Spekulanten in die Schranken. Das verhindert überdies weitere Attacken auf den Euro. Dieser Schritt war richtig und wichtig, um ein Lauffeuer im Keim zu ersticken – richtig für Österreich, richtig auch für die Steuerzahler, richtig für Beschäftigung und Wirtschaftswachstum – aber nicht der Weisheit letzter Schluss.

Was muss noch passieren?

Cap: Wir müssen verhindern, dass die neoliberale Doktrin wieder reüssiert. Effektive Regelungs- und Kontrollmechanismen sind unumgänglich. Die Finanztransaktionssteuer, die Bankenabgabe, ein Verbot von Leerverkäufen, eine EU-weite Rating-Agentur sowie weitreichende Regulierung von Hedgefonds und das Austrocknen von Steueroasen sind nur einige Beispiele für Konsequenzen, die wir aus der Krise ziehen müssen.

Sie haben jüngst kritisiert, dass die Schweiz wenig zu den Stabilisierungsmaßnahmen der EU beitrage, aber davon profitiere.

Cap: Insgesamt liegen bis zu 500 Milliarden



Rigaud

SPÖ-Klubobmann Josef Cap: Sozialdemokratie ist europaweite Speerspitzen im Kampf gegen die Krise.

Euro in der Schweiz, allein 16 Milliarden aus Griechenland – vieles davon ist Schwarzgeld. Die Frage ist auch nicht, wie viel die Schweizer Nationalbank leistet, sondern wie viel die Schweizer Banken für mehr Stabilität beitragen sollen. Sich auf dem Polster der IWF-Mitgliedschaft auszuruhen ist zu wenig. Immerhin profitieren auch die Eidgenossen von einer stabilen europäischen Währung.

Bundeskanzler Werner Faymann hat gemeinsam mit der SPD die Initiative für ein EU-weites Volksbegehren zur Regulierung der Finanzmärkte vorgestellt.

Cap: Das beweist, wer europaweit die Speerspitze ist, wenn es um Fragen der Gerechtigkeit geht. Wir wollen auf unserem Weg europaweit so viele Bürgerinnen und Bürger wie nur möglich mit auf diesen Weg nehmen und den Druck auf Staaten erhöhen, die sich bisher noch querlegen, wenn es etwa um Maßnahmen wie die Finanztransaktionssteuer geht. Damit kommen wir auch unserer internationalen Verantwortung nach. Ich hoffe auf breite Unterstützung für diese wichtige Sache. ♦

INFRASTRUKTUR

F&E sind zentral für die Zukunft

Bei der Klausur des SPÖ-Klubs in Frauenkirchen sprach Infrastrukturministerin Doris Bures über den Beitrag von Informations- und Kommunikationstechnologien sowie E-Mobilität zur Krisenbewältigung.

Investitionen in Forschung und Entwicklung und Investitionen in eine moderne, ökologische Infrastruktur sind zentral für die Zukunft“, betonte die Infrastrukturministerin. In der Förderpolitik der EU sei ein Paradigmenwechsel gefordert – die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) müssen ins Zentrum rücken, denn die IKT machen bereits 12 Prozent des BIP aus.

E-Mobilität leistbar machen

Wesentlich für Forschungsinvestitionen ist die E-Mobilität. Produktion und damit Beschäftigung müssen in Österreich gehalten werden – derzeit arbeiten rund 175.000 Menschen in der Zulieferindustrie. E-Mobilität müsse leistbar und damit marktfähig werden.

Investitionen in die Infrastruktur sichern Beschäftigung

„Einen wesentlichen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten auch Investitionen in die Infrastruktur, denn sie haben einen doppelten Effekt: Sie sichern Beschäftigung und ermöglichen den Ausbau eines modernen, ökologischen Verkehrsmittels“, so Bures. Die Bahn als größte Elektroflotte der Welt trägt erheblich zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes bei. Jeder in die Infrastruktur investierte Euro löst 2,1 Euro Wertschöpfung aus. ♦

Infrastrukturministerin Doris Bures misst den Informationstechnologien enorme Bedeutung zu: „Besonders die Förderpolitik der EU muss hier stärker ansetzen und die IKT besser fördern.“



Zinner

SICHERHEIT

Umfassende Sicherheit für alle Bürger

Sicherheitspolitik umfasst neben der aktiven Neutralitätspolitik auch die Bereiche Bildung, Wirtschaft, Sozialpolitik und die persönliche Sicherheit.

Verteidigungsminister Norbert Darabos verlangt ein neues Sicherheitsverständnis für Österreich. Die Kriminalität muss deutlich sinken.

Der Sicherheitsbegriff, den die Sozialdemokratie vertritt, geht davon aus, dass es umfassende Sicherheit für alle Österreicherinnen und Österreicher geben muss“, sagte Verteidigungsminister Norbert Darabos bei der SPÖ-Klubtagung im Burgenland. Dieser Sicherheitsbegriff umfasst sowohl Bildungspolitik, Wachstums- und Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik als auch den Begriff der persönlichen Sicherheit. Der Verteidigungsminister spricht sich für eine Überarbeitung der NATO-affinen Sicherheitsdoktrin aus: „Wir wollen die Sicherheitsdoktrin dorthin führen, wo sie hingehört – auf den Boden der Neutralität“. Einem NATO-Beitritt schließt Darabos aus.



West-Balkan ist „Hot-Spot“ bei Auslandseinsätzen

International liegt das österreichische

Bundesheer unter den Top-Fünf beim Engagement im Ausland. Der „Hot-Spot“ der österreichischen Präsenz ist dabei der Westbalkan. Einer Reduktion der Auslandseinsätze des Bundesheeres erteilte Darabos eine Absage: „Die Tradition der Auslandseinsätze, die nunmehr seit 50 Jahren besteht, wird auch in budgetär schwierigen Zeiten gelebt.“

Kriminalität effizienter bekämpfen

Darabos verlangte außerdem eine „effiziente und entschlossene Bekämpfung der Kriminalität“. Dazu ist eine „Straffung und Vereinfachung der Organisation der Behörden“ nötig, um ihre Schlagkraft zu steigern.“ Gefordert ist eine deutliche Steigerung der Aufklärungsquote. ♦

LANDWIRTSCHAFT

Einheitswerte – SPÖ will Gerechtigkeit

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter will einen „gerechten Ausgleich“ zwischen „massiv lobbyierten Großbetrieben“ und den Kleinen.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter fordert eine Reform der sogenannten „Einheitswerte“, die eine Anhebung der Grundsteuer für Bauern bedeuten würde. Eine solche Reform war eigentlich für heuer geplant, wurde dann aber wieder abgeblasen. Konkret ging es um eine Neubewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens in Österreich. Auf Basis dieser mittlerweile über 20 Jahre alten „Einheitswerte“ wird die Grundsteuer berechnet – eine Neubewertung hätte daher höhere Steuern bedeutet.

Dass die Steuererhöhung wieder abgelehnt wurde, argumentierte man im Finanzministerium unter anderem mit dem Verwaltungsaufwand. In der SPÖ sorgt das für Unmut, den SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter neuerlich bekräftigt: „Auch in der Landwirtschaft hat ökonomische Normalität Einzug zu halten und eine Einkommensbesteuerung nach Einkommen, und nicht nach anachronistischen Einheitswerten aus dem Jahr 1988 stattzufinden.“ Damit werde „der unhaltbare Zustand beendet, dass bei einem



SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter fordert die Neubewertung
der Einheitswerte.

vom statistischen Zentralamt ermittelten agrarischen Selbständigeinkommen von zuletzt 1,7 Mrd. Euro ein Durchschnitts-Einkommensteuersatz von zwei Prozent resultiert.“ Die ÖVP-Pläne, diese Privilegien fortzuschreiben, seien der übrigen steuerzahlenden Bevölkerung, ob Ar-

„Auch in der Landwirtschaft hat ökonomische Normalität Einzug zu halten.“

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

beitnehmer oder Unternehmer, nicht länger zuzumuten, kritisiert Kräuter.

Der SPÖ-Bundesgeschäftsführer fordert weiters einen „gerechten Ausgleich“ zwischen „massiv lobbyierten Großbetrieben und von der ÖVP vernachlässigten Klein- und Mittelbetrieben“. Denn derzeit würden zum Beispiel im Burgenland „rund einhundert ‚Großkopferte‘ mehr als 100.000 Euro jährlich allein aus EU-Förderungen erhalten, nahezu die Hälfte der Landwirtschaften, fast 3.400 Klein- und Mittelbetriebe, werden mit weniger als 5.000 Euro abgespeist“, stellt Kräuter unmissverständlich klar. Zuletzt hatte er in der Steuererhöhungsdebatte gemeint: „Jetzt kommen bei Spekulationen, Stiftungsprivilegien und Vermögenszuwachs einmal die G'stopften dran.“ ♦

MUSEUMS-GRATISEINTRITT

60.000 junge Besucher mehr

Der von Kulturministerin Claudia Schmied durchgesetzte Gratis-Eintritt in alle Bundesmuseen ist ein voller Erfolg. Die Museen verzeichneten 60.000 junge Besucher mehr.

Der Gratis-Eintritt für Jugendliche bis zum 19. Lebensjahr gilt seit Anfang des Jahres – und zeitigt schon jetzt „große Erfolge“, freut sich die Kulturministerin. Zwischen Jänner und März 2010 interessierten sich 217.396 jugendliche Besucherinnen und Besucher für die Ausstellungen in den Museen. Das sind um knapp 60.000 mehr als im ersten Quartal 2009 – ein Besucherplus von 37 Prozent. Auch die Vermittlungsangebote wurden auf Initiative des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur intensiviert. So sollen die Museen als Lernorte für Kinder und Jugendliche etabliert werden. ♦



Lehmann

Mit dem Gratis-Eintritt in die Bundesmuseen hat Kulturministerin Claudia Schmied einen kulturpolitischen Meilenstein gesetzt.



Fotos: R/Henisch

KULTURTALK III

Zu Gast beim dritten KulturTalk: Kulturministerin Claudia Schmied, Sabine Schauer (Henkel Art Award), Sophie Thorsen (Künstlerin und Stipendiatin des BMUK) und Andreas Beck (Schauspielhaus Wien). ORF-Moderatorin Barbara Rett führte durch den Abend.

Junge Kunst – Emerging Artists & Nachwuchsförderung

Es war eine hochrangig besetzte Veranstaltung in der Ovalhalle des Wiener Museumsquartiers: Zahlreiche interessierte Besucherinnen und Besucher erlebten eine spannende Diskussion mit Kulturministerin Claudia Schmied rund um das Thema Kulturpolitik im Rahmen der Zukunftsdebatte „Österreich 2020“.



Claudia Schmied sprach mit ihren Gästen beim dritten KulturTalk über die Herausforderungen und Perspektiven, denen sich junge Künstlerinnen und Künstler in der österreichischen Kunst- und Kulturlandschaft gegenübersehen. Die zentralen Forderungen betrafen die Etablierung neuer Formen staatlicher Kunst- und Kulturförderung, Maßnahmen zu einer verstärkten sozialen Durchlässigkeit beim Zugang zu Kunst und Kultur sowie die Etablierung neuer Synergien zwischen Bildungs- und Kultureinrichtungen.

Kulturnation Österreich: Internationalität fördern

Kunstministerin Claudia Schmied betonte in der Diskussion, dass die Förderung der Wahrnehmung und Wertschätzung von Kunst und Kultur grundlegend für eine „Kunstnation“ wie Österreich sei. Es zeige sich immer wieder, dass die moderne, zeitgenössische Kunst leider zu oft mit den traditionellen Kunstschatzen in Österreich konkurriere. Diese Diskrepanz zwischen

den Investitionen in die Bewahrung der Schätze der Vergangenheit und der Förderung von Gegenwartskunst gelte es zu überwinden.

„Wir müssen unsere traditionellen Kunsthäuser stärker in den Dienst der zeitgenössischen Kunst stellen“, betonte die Kulturministerin daher mit Nachdruck. Auch die insgesamt Öffnung und Weiterentwicklung der Gesellschaft stehe in einem Wechselspiel zur Vielfältigkeit in ihrer Kunst-, Kultur- und Bildungslandschaft.

... in jedem Kind den kleinen Mozart entdecken

Um jedoch am Weg in eine fortschrittliche Gesellschaft auch tatsächlich Erfolge zu haben, ist voller Einsatz für die zeitgemäße und qualitativ hochwertige Ausbildung und Bildung der Erwachsenen von morgen gefragt. „Wir müssen vermehrt auf die Stärken der Menschen setzen und nicht immer die Schwächen kritisieren. Wir müssen versuchen, in jedem Kind den kleinen Mozart zu entdecken“, so Kulturministerin Schmied in Anlehnung an ein Zitat des Autors Saint-Exupéry. Aus diesem Grund sollen alle 5.975 Schulen in Österreich bis 2013 Schulpartnerschaften mit regionalen Kunst- und Kultureinrichtungen eingehen.

Es sei wichtig, dass sich Kinder künstlerisch entfalten, Selbstvertrauen und eine „Ich-Stärke“ entwickeln. Jede Investition in ein qualitativ hochwertiges, vielfältiges Bildungsangebot ist auch Grundlage für zufriedene, selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger und damit für eine fortschrittliche, weltoffene Gesellschaft.

Kunst- und Kultur: Zentraler Bestandteil unserer Identität

Zustimmung bekommt die Kulturministerin dabei auch von jungen Kulturschaffenden wie dem musikalischen Ausnahmetalent Martin Grubinger. Er wünscht sich eine Politik, die „Kunst und Kultur als zentralen Bereich der Gesellschaft versteht“ und dementsprechend fördert. ♦

INFO

Jetzt aktuell auf oe2020.at

Befragung zu den Themenbereichen „Frauen“ und „Familie“

Noch bis 4. Juni: Alle auf oe2020.at registrierten User können mitmachen. Die Ergebnisse der Befragung fließen in die Diskursgruppen ein.

Sachbuch

Schöpfung außer Kontrolle

Karl Olsberg kommt in seinem neuen Buch zu folgendem Schluss: „Wir haben längst die Kontrolle verloren über die Dinge, die wir schufen. Wenn wir eine Zukunft haben wollen, tun wir gut daran, das zu verstehen.“

Angenommen, die Entwicklung der Technik folgt demselben evolutionären Prinzip, das für alles Lebendige gilt: Was bedeutet das für unsere Zukunft? Werden Maschinen bald ohne uns auskommen? Wie können wir verhindern, in eine immer verhängnisvollere Abhängigkeit von Systemen zu geraten, die wir immer weniger verstehen? In seiner ebenso klugen wie unterhaltsamen Auseinandersetzung

warnet Karl Olsberg eindringlich vor Naivität im Umgang mit den Annehmlichkeiten unserer hochtechnisierten Welt. Auf der Basis neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse belegt er, wie schnell wir uns dem Punkt nähern, an dem wir unser Schicksal nicht mehr selbst in der Hand haben. Aber er weist auch Wege, mit dieser immer komplexeren technischen Umwelt umzugehen. ♦

Zeitgeschichte

Die Rote Kapelle

In dem Buch porträtiert Anne Nelson die Widerstandsgruppe „Die Rote Kapelle“. Die Mitglieder dieser Gruppe riskierten im Kampf gegen Hitler ihr Leben. Nelson setzt diesen Frauen und Männern nun ein würdiges Denkmal.

Der private Zirkel der „Roten Kapelle“ nutzte jede Möglichkeit, jede Beziehung, um Unterdrückung und Mord im NS-Terrorssystem öffentlich zu machen. Nach 1945 wurde die Gruppe jedoch noch oft als landesverräterische „Agentenschmiede“ verunglimpft. Nelson revidiert dieses Urteil. Vorrangig aus der Perspektive von Greta Kuckhoff, einer der führenden Persönlichkeiten, findet sich der Leser in ei-

nem privaten Zirkel von Männern und Frauen, die sich aus persönlicher Überzeugung der NS-Diktatur widersetzen. Besonderes Augenmerk richtet Nelson auf die Rolle der Frauen, die mehr als die Hälfte der Mitglieder stellten. Diese Neubewertung der „Roten Kapelle“ eröffnet auch einen neuen Blick auf den individuellen Widerstand gegen Hitler, den viele mit dem Leben bezahlten. ♦

Ökonomie

Der geplünderte Staat

In seinem Buch zeigt der renommierte Ökonom James K. Galbraith, weshalb das neoliberale Credo wirtschaftlicher Unsinn ist und deshalb in der Praxis längst aufgegeben wurde.

Einzelnen untersucht Galbraith Theorien wie Monetarismus oder Freihandel, um aufzuzeigen, weshalb sie in den „Abfallkimer der Geschichte“ gehören. Auf der anderen Seite trugen sie dazu bei, dass sich in den USA ein Wirtschaftssystem ausbreiten konnte, das Galbraith „Predator State“ – also Raubtier-Staat – nennt. Ein System, in dem private Akteure alles tun, um aus staatlicher Wirtschaftsaktivität Profit zu schlagen: Sie plündern staatliche

Gelder und stecken es in private Taschen; sie setzen sich für minimale Regulierung ein, um Konsumenten noch mehr Geld abzuknöpfen; sie stellen sich gegen den Klimaschutz, weil dieser ihre Profite schmälern würde. Diese Kräfte sind so fest im System verankert, dass es fragwürdig erscheint, ob die neue Regierung – sollte sie dies beabsichtigen – ihre Macht zu beschneiden vermag. ♦

☐ Stk.


Karl Olsberg
Schöpfung außer Kontrolle
Aufbau Verlag, Berlin 2010;
297 S., 20,60 €

☐ Stk.


Anne Nelson
Die Rote Kapelle
C. Bertelsmann Verlag,
München 2010;
508 S., 25,70 €

☐ Stk.


James K. Galbraith
Der geplünderte Staat – Oder was gegen den freien Markt spricht
Rotpunktverlag, Zürich 2010;
345 S., 25,20 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



KÄRNTEN

Polit-Nachwuchs sichert Kärntner Zukunft



Ein starkes Team von jungen Politikerinnen und Politikern wurde vom Renner-Institut und der SPÖ Kärnten in den vergangenen Monaten für die Arbeit in der Politik gerüstet.

„Die Zukunft kommt von alleine, der Fortschritt nur mit einer starken SPÖ, in der die Jugend mitgestaltet“, so SPÖ-Landesvorsitzender, LHStv. Peter Kaiser, der mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Landesrätin Beate Prettnner gemeinsam die Zertifikate an Völkermarkter Absolventen der SPÖ-Nachwuchsakademie überreichte. „Es erfüllt mich mit Stolz und Freude, wenn ich sehe, wie sich unsere Absolventinnen und Absolventen der Nachwuchsakademie seit vergangenem Herbst weiterentwickelt haben und ihr politisches Verständnis geschärft wurde“, erklärte Kaiser. 37 junge Menschen aus allen Bezirken des Landes haben, trotz Berufstätigkeit, in den vergangenen Mo-

naten in vielen interessanten Workshops, Seminaren und Praxisprojekten Ehrgeiz, Fleiß und Interesse gezeigt, politisches Know-how entwickelt und sind somit zu Zukunftshoffnungen in der Kärntner Politik avanciert.

Hier entstehen Nachwuchshoffnungen

Die Nachwuchsakademie wurde vergangenes Jahr im Rahmen des inneren Reformprozesses der SPÖ Kärnten gegründet und ist seither das zentrale Ausbildungsprogramm für politische Nachwuchshoffnungen. Neben sozialdemokratischen Grundwerten, Grundlagen der politischen Bildung, Rhetorik und politischer Kommunikation bilden Vorträge be-



„Wir haben die Lehrgänge mit dem Ziel ins Leben gerufen, bis zur nächsten Landtagswahl im Jahr 2014 rund 250 junge Leute für die Arbeit in der Politik zu rüsten“, so LHStv. Peter Kaiser.

kannter und profilierter Politexperten wie etwa Franz Vranitzky, Barbara Prammer, Helmut Manzenreiter, Gaby Schanig oder Günther Goach die Schwerpunkte der Akademie. ♦

INFO

Anmeldungen für den nächsten Lehrgang im Herbst unter: 0463 56 030 oder nachwuchsakademie@ri-kaernten.at

SPÖ Kärnten

SALZBURG

Wohnbaugelder für Wohnbau einsetzen



Das Budget der Salzburger Wohnbauförderung von 315 Millionen Euro schafft und sichert jährlich rund 9.000 Arbeitsplätze.

Die Wohnbauförderung ist der größte Arbeitgeber im Land Salzburg und erweist sich gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten als stabiler Faktor. „Zwischen 2001 und 2008 sind österreichweit über 10 Milliarden Euro an Wohnbaudarlehen verkauft worden. Der Erlös von rund 5 Milliarden Euro, das entspräche im Baubereich 121.000 Arbeitsplätzen, wurde dabei meist zweckentfremdet verwendet“, kritisiert der SPÖ-Wohnbaulandesrat Walter Blachfellner. An der Spitze der Bundesländer, die Wohnbaudarlehen verkauft haben, stehen



Fotolia

mit OÖ und NÖ zwei ÖVP-geführte Länder, so Blachfellner, für den diese Handhabe aus arbeitsmarktpolitischer Sicht nicht nachvollziehbar ist. ♦

„Bei weniger Wohnbau ist der Arbeitsmarkt der Verlierer. Die Salzburger SPÖ wird daher das Wohnbaugeld auch in Zukunft für lebenswertes, leistungsfähiges Wohnen und einen stabilen Arbeitsmarkt einsetzen“, so Blachfellner.

NIEDERÖSTERREICH

Mehr Sozialarbeit an Schulen



Mit der seit Jahren von der SPÖ Niederösterreich geforderten flächendeckenden Sozialarbeit an Schulen geht es nun einen entscheidenden Schritt voran.

„Die gesellschaftlichen Veränderungen haben es mit sich gebracht, dass immer mehr Kinder und Jugendliche Verhaltensauffälligkeiten zeigen, wodurch verstärkter Handlungsbedarf gegeben ist“, so SPNÖ-Mandatarin LAbg. Christa Vladyka. Die SPNÖ macht sich daher schon lange für eine flächendeckende Versorgung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern an Schulen stark, wurde bisher aber immer von der VPÖ blockiert. Mit Zufriedenheit nimmt Vladyka daher die nunmehrige Kehrtwende zur Kenntnis. Künftig soll es ein landesweites Engagement von Sozialarbeitern an den Landes-Berufsschulen geben. Vladyka sieht darin einen



SPÖ NÖ

wichtigen Schritt hin zu der von der SPNÖ geforderten strukturierten Betreuungsförm mit mindestens zwei Sozialarbeitern je Bildungsregion für alle Schultypen und -formen. ♦

Die SPNÖ-Mandatarin LAbg. Christa Vladyka begrüßt das landesweite Engagement von Sozialarbeitern an Landesberufsschulen.

TIROL

Lebensbedingungen für Familien weiter verbessern



Zum Internationalen Tag der Familie plädiert die Familiensprecherin des Tiroler SPÖ-Landtagsklubs Lisa Jenewein für mehr Unterstützung besonders einkommensschwacher Familien.

„Alle Menschen sind gleich an Rechten, und das gilt auch für die Lebensorganisationsform der Familie in allen ihren Ausformungen“, betonte Lisa Jenewein anlässlich des Internationalen Tages der Familie am 15. Mai. Familie bedeutet heutzutage nicht mehr nur das klassische Vater-Mutter-Kind(er)-Modell, sondern umfasst auch Alleinerziehende,

Patchworkfamilien und gleichgeschlechtliche Partnerschaften. In einer familien- und kindgerechten Gesellschaft müsse daher im Sinne der Sozialdemokratie jede Form der Familie vom Staat unterstützt werden, fordert Jenewein. Und zwar mit einer Mischung aus Transfer- und Sachleistungen, steuerlichen Maßnahmen und sozialversicherungsrechtlichen Leistungen. Dabei müssen soziale Gesichtspunkte und daher die Unterstützung einkommensschwacher Fami-



Lisa Jenewein,
Familiensprecherin des
Tiroler SPÖ-Landtagsklubs

lien – oft Jungfamilien, Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher sowie Mehrkindfamilien – Vorrang haben. Ein wichtiger Punkt ist für Jenewein dabei der weitere Ausbau der Kinderbetreuung, gerade auch im ländlichen Raum und bei den unter Dreijährigen. „Die 3 G's sind unumgänglich: ganztags, ganzjährig und gratis sollen die Kinderbetreuungseinrichtungen sein. Und das im ganzen Land für jeden erreichbar“, so die Forderung Jeneweins. ♦

WIEN

Für Wien – wir machen's!



Gratis-Kindergarten, Hundeführschein oder Ganztagschule – die Wiener SPÖ nimmt die Anliegen der Wiener ernst und setzt Zukunftsvorhaben zielstrebig um.

Am Mittwoch startete die neue Frühjahrskampagne der SPÖ Wien „Für Wien – wir machen's!“. Im Rahmen dieser Kampagne finden ab Juni Verteilaktionen in allen Bezirken statt, um über die künftigen Maßnahmen zu informieren und einmal mehr in den Dialog mit den Bewohnern vor Ort zu treten. Wo andere Parteien die Stadt nur schlechtreden, setzt sich die Wiener SPÖ stets für die Weiterentwick-

lung der Stadt und noch mehr Lebensqualität ein. „Für uns waren die Ergebnisse der Volksbefragung von Anfang an ein verbindlicher Arbeitsauftrag, der jetzt Schritt für Schritt umgesetzt wird. Die Wiener können sich auf die SPÖ und Bürgermeister Michael Häupl verlassen. Wir kümmern uns um ihre Anliegen. Das ist Problemlösungs- und Handlungskompetenz, die wir Tag für Tag in dieser Stadt beweisen“, erklärte der Wiener Landesparteiensekretär und LAbg. Christian Deutsch.

Wiener SPÖ will noch mehr Lebensqualität schaffen

Die neue Frühjahrskampagne unterstreicht die vielen unterschiedlichen Maßnahmen, welche die SPÖ Wien gemeinsam mit der Bevölkerung für die Stadt setzt. Ob Gratis-Kindergarten, 24-Stunden-U-Bahn am Wochenende, Hundeführschein, zusätzliche Ordnungskräfte oder Ganztagschule: Die SPÖ



Ritgaud

„Für Wien – wir machen's!“ – in diesem Fall ist es der Gratiskindergarten.

Wien und Bürgermeister Häupl setzen die Wünsche und Anliegen der Bevölkerung um und beziehen sie in den Entscheidungsprozess mit ein. „Wir stehen für eine bürgernahe Politik, die Menschen nicht ausgrenzt, sondern einbezieht. Und das werden wir auch in Zukunft fortsetzen – mit den Menschen und für die Menschen“, kündigte Deutsch an. ♦



Pfluegl

Demokratieentwicklung und die SPÖ

Soziale Demokratie, das bis heute in den Programmen festgeschriebene langfristige Ziel der SPÖ, ist mehr als nur die Möglichkeit der Menschen, durch Wahlen ihre Vertreter zu bestimmen.

„Der Erfolg der SPÖ hängt davon ab, ob es ihr gelingt, auch unter neuen Bedingungen politischer Beteiligung ihre Anliegen, ihre sozialdemokratischen Werte am ‚Markt der Politik‘ zu platzieren.“

Das von der Arbeiterbewegung vor einem Jahrhundert erkämpfte allgemeine, gleiche Wahlrecht ist ein wichtiger Bestandteil und die Voraussetzung für soziale Demokratie. Das Abstimmungsprinzip des Parlamentarismus wird in der sozialen Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen durch kooperative Formen der Entscheidungsfindung ergänzt.

Natürlich müssen die langfristigen Ziele der Sozialdemokratie immer wieder neuen Herausforderungen angepasst werden. Die Gesellschaft zeigt in den letzten Jahrzehnten starke Ausdifferenzierungen in ihrer Struktur, in den Lebensstilen der Menschen. Die technologische Entwicklung ermöglicht eine Erweiterung der Spielräume für die aktive, individuelle Gestaltung von Lebensbereichen. Jenseits der Erwerbsarbeit kann sich also eine Pluralität von Lebensstilen entwickeln, die mit der „Schicht“-Struktur nicht zusammenfällt. Insbesondere die damit verbundene Individualisierung hat zu einer spürbaren Entpolitisierung in den traditionellen Beteiligungsformen geführt: sinkende Wahlbeteiligung, Rückgang der Parteimitgliedschaften und all die Probleme, mit denen die Politik zu kämpfen hat.

Die empirische Sozialforschung zeigt aber, dass in zunehmendem Maß deklariertes politisches Interesse vorhanden ist, jedoch in anderen Formen und Ausprägungen. Die Akteure steigen quer zu den vorhandenen Institutionen in die Politik ein und sie steigen auch immer wieder aus. Die wich-

tigsten Beispiele sind bekannt: soziale Bewegungen, insbesondere Ökologiebewegung und Frauenbewegung, Lichtermeer, SOS-Mitmensch, Attac, etc. Damit (im Zusammenhang) hat der Begriff Zivilgesellschaft eine immer größere Bedeutung bekommen.

In zivilgesellschaftlichen Aktionen und Bewegungen ist politische Partizipation nicht auf formale Verfahren zur Regelung der Elitenrotation beschränkt, sondern spielt sich meist in einem freien politischen Diskurs ab. Von diesen Bewegungen geht ein gewisser Partizipationsdruck aus, der seine materielle Entsprechung in den Menschen und ihren

entscheidungen. Deshalb ist es erforderlich, bei wichtigen Angelegenheiten eine Phase der Beratschlagung in der Gesellschaft vorzusehen. Der moderne Ausdruck dafür ist: „deliberative Demokratie“. Politische Parteien als Bewegungen der Gesellschaft selbst sind dafür sehr geeignet, wenn sie ihren Verfassungsauftrag ernst nehmen: „Zu den Aufgaben der politischen Parteien gehört die Mitwirkung an der politischen Willensbildung“. Dafür bekommt sie vom Staat auch Geld und nicht für die Empfehlung „weiß“, also ungültig, zu wählen.

Für die SPÖ ist es unumgänglich, ihre Strukturen weit zu öffnen und fortschrittliche gesellschaftliche Bewegungen als Bündnispartner und nicht als Konkurrenten zu sehen. Der Erfolg der SPÖ hängt davon ab, ob es ihr gelingt, auch unter neuen Bedingungen politischer Beteiligung ihre Anliegen, ihre sozialdemokratischen Werte am „Markt der Politik“ zu platzieren. Voraussetzung dafür ist, dass diese Werte in der Partei selbst noch ein ausreichendes Gewicht haben. „Österreich 2020“ sollte zum Anlass genommen werden, nicht nur über Werte und Grundsätze selbst, sondern auch über ihr Gewicht in der Politik der Partei und im Han-



Fotolia

Der Begriff Zivilgesellschaft hat eine immer größere Bedeutung bekommen: Akteure steigen quer zu den vorhandenen Institutionen in die Politik ein und sie steigen auch immer wieder aus.

immer bewusster werdenden Problemen der Erhaltung und Verbesserung ihres persönlichen Lebensbereiches findet, also eines Problemfeldes, das in erster Linie auch die Fragen der Ökologie einschließt.

Auf politischer Ebene schlägt sich diese Entwicklung in Forderungen nach mehr direkter Demokratie nieder. Direktdemokratische Verfahren sind sicher zum Teil geeignet, den Entscheidungsprozess – sei es auf gesetzgebender, sei es auf der Verwaltungsebene – stärker zu legitimieren, die Zustimmung in der Bevölkerung also zu erhöhen. Aber auch direktdemokratische Entscheidungen beruhen letztendlich auf Mehrheits-

entscheidungen. Kritik an der Sozialdemokratie entzündet sich ja nicht an Programmen oder Grundsätzen, sondern an deren Verwässerung oder Nichtbeachtung. Das hat sich seit Hainfeld nicht geändert und daran wird sich auch in der Zukunft nichts ändern. ♦

Karl Ucakar ist Institutsvorstand am Institut für Staatswissenschaft an der Universität Wien. Er gehört der Gruppe der projektbegleitenden Expertinnen und Experten von „Österreich 2020“ an.

LESERBRIEFE

Finanzkrise und Assistenzeinsatz beschäftigen unsere Leser in den letzten Wochen besonders. Zahlreiche Reaktionen erreichten die Redaktion. Hier finden sich einige Zusendungen – teilweise gekürzt – wieder.

Sehr geehrte Redaktion,

Immer gleich von „Wahlkampfgetöse“ zu sprechen, wie Frau Fekter, wenn jemand wichtige Themen anspricht, die die Bürger bewegen, finde ich eine Unverschämtheit. Der Assistenzeinsatz wird seit Jahren immer wieder verlängert, weil die Polizei die wichtige Aufgabe der Grenzraumbewachung mit ihren derzeitigen Ressourcen nicht übernehmen kann. Wenn die Ministerin nicht für mehr Polizisten sorgt, muss der Verteidigungsminister weiterhin für Soldaten an der Grenze sorgen. So einfach ist das.

Gerhard Leitenmüller,
per e-mail

An die Redaktion,

Das Argument, dass das Burgenland eines der sichersten Bundesländer Österreichs ist und hier deswegen keine Priorität für zusätzliches Polizeiaufgebot besteht, ist absurd. Ohne den Assistenzeinsatz wäre das nämlich sicher nicht der Fall. Dass aber Soldaten hier die Aufgaben der Polizei übernehmen müssen, kann eigentlich nicht angehen. Also: Solange die Polizei die Grenzbeobachtung nicht übernehmen kann, muss der Assistenzeinsatz verlängert werden. Sonst ist das Burgenland unter Umständen

ganz schnell nicht mehr eines der sichersten Bundesländer Österreichs.

M. Weiss, Neusiedl am See

Liebe Redaktion,

Griechenland finanziell unter die Arme zu greifen, war richtig und unvermeidlich, um den Euro zu retten. Die Eurozone ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied.

Gerhard Stelzinger,
Internet

Werte Damen und Herren,

Sowas wie in Griechenland muss in Zukunft verhindert werden. Es kann nicht sein, dass Spekulanten und amerikanische Ratingagenturen soviel Einfluss auf die Finanzmärkte haben. Wir brauchen unbedingt wirkungsvolle Instrumente, die dagegen regulieren. Ich hoffe, unsere Regierung wird deswegen auf EU-Ebene weiterhin Druck machen.

Martin Leitner, Linz

Liebe Redaktionsmitglieder,

Als hier lebende, nicht wahlberechtigte EU-Bürgerin bin ich heilfro, dass dieses Land von Sozialdemokraten regiert wird und hoffe sehr, dass das auch so bleibt. Denn wenn ich an diese seltsamen sogenannten „Freiheitlichen“ denke, die sich überall unqualifiziert zu Wort melden und unter deren vermeintlich moderner, geleckter Oberfläche das alte, braune Gedankengut brütet, weiß ich nicht, ob ich das einfach lächerlich fin-



Die SPÖ und Verteidigungsminister Norbert Darabos stehen hinter dem Schutz der burgenländischen Grenzregion.

den oder Angst bekommen soll. Ein Hoch auf die Sozialdemokratie. Freundschaft!

Yvonne Schneider, Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Alexandra Bärthel, Mag^a Regine Bohrn, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: SPD/Melde Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

Internet-Kampagne auf www.spoe.at

„Zeit für Gerechtigkeit“

Unter diesem Motto startet jetzt auch eine informative und interaktive Internet-Kampagne. Ob Bankenabgabe, Finanztransaktionssteuer oder Reform der Gruppenbesteuerung – die Sozialdemokratie präsentiert ihre Antworten auf die Krise. Die Besucher der Website haben die Möglichkeit, die Ideen und Forderungen der SPÖ zu unterstützen und zu verbreiten. Sie können ein Bild von sich hochladen und ein Statement für Gerechtigkeit auswählen (z.B. „Zeit für Bankensteuer!“). Die hochgeladenen Bilder ergeben ein riesiges Foto-Mosaik, das die Breite der Kampagne verdeutlicht. Inhaltlich wird der Bogen von den Forderungen der SPÖ zum Finanz-

markt und zum gerechten Beitrag von Spekulanten und Banken, zu gleichen Chancen bei der Bildung und zu sozialer Ausgewogenheit, um sozialen Frieden zu erhalten, gespannt. Die bereits beschlossenen beziehungsweise umgesetzten Forderungen der SPÖ, etwa das Vorziehen des Steuerentlastungspakets, das Engagement für den Arbeitsmarkt, die Sicherung der Pensionen, die Mindestsicherung, die Steuersenkungen für Familien, die Abschaffung der Studiengebühren und die schrittweise Einführung der Neuen Mittelschule sowie die Ausbildungsgarantie für Jugendliche ergänzen die Kampagne, die bis zum Sommer laufen wird.





55 Jahre ...

... ist die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags jetzt her. Aus diesem Anlass hat Bundeskanzler Werner Faymann zu einer Feier an den geschichtsträchtigen Ort des Geschehens – das Obere Belvedere – geladen.

9 Stunden ...

... beträgt die durchschnittliche Akku-Laufzeit eines umweltfreundlichen Elektro-Fahrrads. Gratis „Auftanken“ kann man sein E-Bike u.a. an der kürzlich von Wiens Umweltstadträtin Ulli Sima eröffneten Ladestation auf der Summerstage am Donaukanal.



600 Lehrberufe ...

... stehen jungen Frauen zur Auswahl, doch besonders häufig entscheiden sich Frauen für „typische“ Berufe, die schlechter bezahlt sind. Damit das nicht so bleibt, haben Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Sozialminister Rudolf Hundstorfer die Mädchen-Kampagne „Finde deinen eigenen Weg“ gestartet.

100 Parlamentarier ...

... und Parlamentsmitarbeiter nahmen am 38. internationalen Parlamentarier-Fußball-Turnier in Linz teil, das im Zeichen des Kampfes gegen Rassismus und Diskriminierung im Fußball stand. SPÖ-Sportsprecher und Kapitän der österreichischen Mannschaft Hermann Krist durfte sich über einen erfolgreichen dritten Platz freuen.

